Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,750
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 365. Dienstag den 30. December 1884. 78. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Um bei Ausgabe der Legitimationskarten zum **Abholen** des Tageblattes beim Quartalwechsel den Andrang möglichst zu beschränken, haben wir die Einrichtung getroffen, daß

Karte und Rechnung bereits von heute an

in Empfang genommen werden können.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Quittung.

Für das Unterlassen der Zusendung von Neujahrskarten zahlten an das Armen-Amt:

Herr Oberbürgermeister Dr. Georgi	6 ℳ
„ Bürgermeister Justizrath Dr. Tröndlin	6 ℳ
„ Dr. med. L[illegible]mann, Stadtrath a. D.	6 ℳ
„ Sieskind-Sieskind	6 ℳ
„ Stadtrath Scharf	6 ℳ
„ „ Franz Wagner	6 ℳ
„ „ Dr. Wangemann	6 ℳ
„ „ Simon	6 ℳ
„ „ Ulrich	6 ℳ
„ „ Thür	6 ℳ
„ Justizrath Siegemann, Rechtsanw. am Reichsgericht	6 ℳ
„ Moritz Mersels	6 ℳ
„ Rechtsanwalt Moritz Heutschel	6 ℳ
„ Carl August Becker	6 ℳ
„ Stadtältester Raymund Härtel	6 ℳ
„ Geheimer Rath Professor Dr. Windscheid	6 ℳ
„ Adolph List	6 ℳ
„ Alexander Ehrlemann	6 ℳ

Wir quittiren dankend über diese Beträge, die wir zu außerordentlichen Beihilfen für würdige Arme verwenden werden, und sind gern bereit, fernere Zahlungen für gleichen Zweck auf unserem Amte, Obstmarkt Nr. 3, I., anzunehmen.

Leipzig, den 27. December 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Lange.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur Kenntniß, daß die Plätze im **Parquet**, gesperrten Parterre, sowie Mittel- und Seitenbalcon des neuen Stadttheaters **vor** Beginn der Vorstellung (bei Opern vor Beginn der Ouvertüre) eingenommen werden müssen. Später ist dies nur während der Verwandlungen und Zwischenacte gestattet.

Zugleich werden die Damen ersucht, die Hüte vor Eintritt in den Zuschauerraum abzulegen.

Diese Bestimmungen treten mit dem 1. Januar 1885 in Kraft.

Leipzig, den 23. December 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wunsch, Ass.

Keller-Vermiethung.

In dem der Stadtgemeinde gehörigen Hause **Reichsstraße Nr. 50** ist **vom 1. Januar 1885** an ein **Kellerlocal gegen einvierteljährliche Kündigung anderweit zu vermiethen.**

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, I. Etage, Zimmer Nr. 17, entgegengenommen, woselbst auch die Vermiethungsbedingungen eingesehen werden können.

Leipzig, am 24. December 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Holz-Auction.

Montag, den 12. Januar 1885, sollen auf dem diesjährigen Mittelwaldschlage in **Abth. 11c und 14a des Burgauer** Forstreviers am **Leutzsch-Wahrener** Fahrweg und den Militairschießständen

ca. 220 harte **Abraumhaufen** und
„ 270 „ **Langhaufen**

unter den öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: früh 9 Uhr auf obigem Schlage am Leutzsch-Wahrener Fahrweg und der Flathrinne.

Leipzig, den 24. December 1884.

Des Raths Forst-Deputation.

Bekanntmachung.

Am heutigen Tage sind
Frau Minna geb. **Kaminski,** Hohe Straße 12, Hof II.,
„ Anna verehel. **Rahm,** Feilitzstraße 1, Hof I.,
„ Friederike verehel. **Michaelis,** Reichsstraße 25/26, III.
wohnhaft, als **Hebammen** für die hiesige Stadt verpflichtet worden.

Leipzig, am 22. December 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Bekanntmachung.

Die in unserem Firmen-Register unter Nr. 186 eingetragene Firma

„Jacob Bettega" zu Torgau

ist

in „E. Thinius"

umgewandelt und erstere zufolge Verfügung vom 22. December 1884 an demselben Tage in unserem Firmenregister gelöscht.

Die neue Firma

E. Thinius

mit dem Sitze zu Torgau und dem Kaufmann **Emil Thinius** zu Torgau als Inhaber ist zufolge Verfügung vom 22. December 1884 an demselben Tage in unserem Firmenregister eingetragen worden.

Torgau, 22. December 1884.

Königliches Amtsgericht.

unfehlbare Heilmittel gegen [illegible]

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden allhier erstattetermaßen angezeigt:

1) zehn Paar neue wollene **Frauenstrümpfe** von braungrauer Farbe, aus einem Geschäftslocale in Nr. 6 der Halleschen Straße, am 21. dss. Mts. Abends;

2) ein **Bierkasten** mit Tragriemen (sogen. Mückschemaschine) aus einer Pièce im Kreuzholzhalt, am 15. dss. Mts.;

3) drei neue **Frauenröcke**, zwei von braunem und einer von rothem Flanell, mit langgestrickten Kanten, aus einem Geschäftslocale in Nr. 10 am Markt, am 21. dss. Mts. Abends;

4) ein **Kaisermantel** von dunkelgrauem starken Stoff, mit einer Reihe schwarzen Hornknöpfen und Wulstkragen, aus einer Hausflur in Nr. 5 der Colonnadenstraße, am 19. dss. Mts.;

5) vier gelbwollene **Pferdedecken** mit roth- und blaugestreiften Kanten, aus einem Stalle in Nr. 10c der Waldstraße, vom 17. bis 18. dss. Mts.;

6) zwei **Ballen** ungebrannter **Kaffee**, je 73 Kilo enthaltend, sign.: „T. M. Santi Coopa A II 25 für H. C. Fabrig", und „T. M. Santi Coopa D II 736 für L. Franke" und ein **Sack Walnüsse**, sign. „D. M. für Schumann u. Franke", aus einem Niederlageraum in Nr. 18 der Bahnhofsstraße, innerhalb der letzten 6 Wochen;

7) eine fast neue braunwollene **Pferdedecke** mit schwarzem Streifen, aus einer Droschke, welche vor dem Hause Nr. 5 der Katharinenstraße gestanden hat, am 24. dss. Mts. Nachmittags;

8) acht Flaschen **Champagner** mit den Etiquetten „Mery & Co." und „Bollinger Ay" und sieben Flaschen **Moselwein** mit den Etiquetten „Braunsberger-Zeltinger", aus einer Kellerdurchbrechung in Nr. 1 der Eisenbahnstraße, in der Zeit vom 18. bis 23. dss. Mts.;

9) ein vierräderiger **Handwagen**, durchweg grün angestrichen, mit Leitern und Kastenaufsatz, aus dem Hofe des Bayerischen Bahnhofs, am 24. dss. Mts. Abends;

10) eine silberne **Ankeruhr** mit Goldrand und Secundenzeiger, auf der Rückseite ein Wappen und im Innern des Deckels die Nummer 8419 eingravirt, aus einem Gastlocale in Nr. 30 am Windmühlenweg, in der Nacht vom 14. bis 15. dss. Mts.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Sachen oder den Thäter sind angezeigt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 29. December 1884.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. R.

Aufgebot.

Es wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß

1) der Cigarrenmacher **Carl Wilhelm Böttge**, wohnhaft zu Lehnin, früher zu Beelitz, Leipzig und Rochlitz, Sohn des Böttchergesellen Carl Friedrich Böttge und dessen Ehefrau Johanne Wilhelmine geb. Kreße zu Werder

2) und die Cigarren-Arbeiterin **Emilie Amalie Häckel**, wohnhaft zu Lehnin, früher zu Beelitz, Neudnitz und Leipzig, Tochter des Strumpfwirkers Friedrich Carl Häckel zu Zeulenroda und dessen verstorbenen Ehefrau Hermine Louise geb. Johannes,

die Ehe mit einander eingehen wollen.

Dem unterzeichneten Standesbeamten ist ein Hinderniß dieser Ehe nicht bekannt. Etwaige auf Ehehindernisse sich stützende Einsprachen sind bei dem unterzeichneten Standesbeamten innerhalb 14 Tagen anzubringen.

Lehnin, am 22. December 1884.

Der Standesbeamte.
Schrimpff.

Nichtamtlicher Theil.

Rückblicke auf das Jahr 1884.

III.

Deutschlands auswärtige Politik während des vergangenen Jahres wird hauptsächlich durch zwei Ereignisse bezeichnet: durch die Dreikaiserbegegnung in Skiernewicze und durch die afrikanische Conferenz in Berlin. Beide sind Triumphe der Bismarck'schen Staatskunst, welche von der ganzen Welt als groß anerkannt wird. Der europäische Friede war zu keiner Zeit so fest begründet als seit dem Tage, an welchem Deutschland die tonangebende Macht in Europa geworden ist. Frankreichs Rachegelüste sind auch heute noch nicht verstummt, aber sie finden heute nur noch in sehr abgeschwächter Form Ausdruck. Die Beschimpfung der deutschen Fahne im Hotel Continental in Paris am 14. Juli war im Laufe des Jahres 1884 der einzige Zwischenfall, welcher eine Zeit lang die öffentliche Aufmerksamkeit nach dieser Richtung hin beschäftigte, aber die französische Regierung nahm sofort Anlaß, deswegen in Berlin um Entschuldigung zu bitten. Damit war die Angelegenheit aufs Beste erledigt. Die deutsche Politik ist aber keineswegs auf Schwächung des französischen Einflusses gerichtet, im Gegentheil hat die deutsche Regierung keine Gelegenheit versäumt, um Frankreich ihre Sympathie zu beweisen. Unverkennbar trat diese Absicht nach zwei Richtungen hin hervor: in der franco-chinesischen Streitfrage und in der egyptischen Angelegenheit. Mit welch peinlicher Sorgfalt war die deutsche Regierung bemüht, die auf deutschen Schiffswerften gebauten chinesischen Schiffe nach den Regeln des Völkerrechts zu behandeln und wie behutsam wurde die Frage behandelt, ob die deutschen Handelsinteressen durch die feindlichen Unternehmungen Frankreichs gegen Kelung und Foutschou Schaden litten. Obwohl die Hamburger Handelskammer sich beschwerdeführend an die Reichsregierung wandte, wurde kein amtlicher Schritt gethan, um dieser Beschwerde der französischen Regierung gegenüber Ausdruck zu geben, höchstens mag irgend eine vertrauliche Mittheilung erfolgt sein, welche sofort die entsprechende Wirkung gehabt hat.

Von großer Wichtigkeit für die französischen Interessen in Egypten war die Haltung Deutschlands in Sachen der Londoner Conferenz und später der Antrag, welchen Deutschland im Verein mit Rußland an die egyptische Regierung um Zulassung von Vertretern beider Mächte zur Staatsschuldencasse richtete. Die Londoner Conferenz wäre überhaupt nicht zu Stande gekommen, wenn nicht Deutschland sich mit Frankreich über ihre gemeinsame Haltung gegenüber den englischen Vorschlägen verständigt hätte. Der Mißerfolg der englischen Regierung auf dieser Conferenz trug wesentlich dazu bei, das Zustandekommen der Berliner Conferenz wegen Afrika zu verbürgen und wiederum ist durch diese Conferenz und ihren bisherigen Verlauf das gute Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich sehr gekräftigt worden. Es ist zweifelhaft, welcher Erfolg der deutschen Politik höher anzuschlagen ist, der in Berlin oder der in Skiernewicze. Die Dreikaiserbegegnung war hauptsächlich das Schlußglied einer Kette von vorangehenden Ereignissen, welche durch die Politik des Fürsten Bismarck ins Leben gerufen waren. Die wiederholten Begegnungen mit dem Minister v. Giers, der Botschafterwechsel in Berlin und Paris, die Reise des Großfürsten Michael und des Generals Gurko nach Berlin zur Beglückwünschung des Kaisers wegen seiner 70jährigen Inhaberschaft des Kalugaregiments bereiteten in wirksamer Weise auf die Zusammenkunft in Skiernewicze vor, welche am 15. September stattfand. Dieses Ereigniß reicht somit in seinem einleitenden Stadium noch in das Jahr 1883 zurück und zog nur die Summe dessen, was bereits vorher im Wunsche der drei Souveraine und ihrer Regierungen feststand.

Dagegen war die afrikanische Conferenz das Ergebniß eines augenblicklichen Entschlusses, welcher durch ein unvorhergesehenes Ereigniß zur Reife kam. Der Einspruch Frankreichs gegen den Vertrag, welchen England mit Portugal über die Zollerhebung des letzteren an den Mündungen des Congo abschließen wollte, war der Anlaß zur Verständigung Deutschlands und Frankreichs über Einberufung der Berliner Conferenz, und die zielbewußte Politik des Fürsten Bismarck steckte das Ziel der Conferenz so geschickt, daß England und Portugal den ihnen gemachten Vorschlägen die Zustimmung nicht versagen konnten. Dadurch erhielt die Colonialpolitik Deutschlands, welche erst im Laufe des vergangenen Jahres zur Bethätigung gelangte, ihre feste Grundlage und die Bürgschaft, daß sie zu keiner auswärtigen Verwickelung führen werde. Englands widerwillige Haltung gegenüber den deutschen Erwerbungen Afrikas kam zuerst in der Angelegenheit von Angra Pequena in einer Form zum Ausdruck, welche schlimme Folgen befürchten ließ. Das feste Auftreten der deutschen Regierung schuf allerdings bald einen Riegel vor, aber die Erfahrungen, welche im Juli bei der Besitzergreifung Bageidas gemacht wurden, zeigten, daß die englischen Beklemmungen noch nicht ihr Ende gefunden hatten. Wie es in den Wald hineinschallt, so schallt es auch wieder heraus und deshalb ließen die Cap-Regierung und die Regierung von Victoria alsbald ihr Echo erklingen, als von Deutschland Stimmen laut wurden, welche die Erwerbung der Walfischbai verlangten, und als ganz kürzlich der Commandant der „Elisabeth" im Namen der deutschen Regierung Besitz von der Nordküste Neu-Guineas, den Armiralitäts-Inseln, von Neu-Britannien und den Neu-Irland ergriff. Das kann aber Deutschland in seiner Colonialpolitik nicht im Mindesten beirren. Die Conferenz in Berlin hat dafür Sorge getragen, daß diese patriotischen Erregungen innerhalb unschädlicher Grenzen bleiben und daß die Abkühlung der Leidenschaften ohne Störung des Friedens von Statten geht.

Die Kaiserbegegnung in Skiernewicze hat, wie aus den Eröffnungen des Ministers v. Tisza im ungarischen Reichstage und des Grafen Kalnoky in den Delegationen hervorgeht, das deutsch-österreichische Bündniß vollständig unberührt gelassen; dasselbe ist auf lange Zeit hinaus gesichert und hat durch die Gestaltung freundschaftlicher Beziehungen zu Rußland nur eine willkommene Stütze erhalten. Ein Bündniß ist weder zwischen Deutschland und Rußland noch zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland in Skiernewicze abgeschlossen worden, nur vorhandene Keime von zukünftigen Zwistigkeiten sind aus dem Wege geräumt worden. Ob Abmachungen über gemeinsame Abwehr des Anarchismus in Skiernewicze geschehen sind, darüber bestehen nur Vermuthungen, bestimmte amtliche Mittheilungen sind darüber nicht in die Oeffentlichkeit gedrungen.

Die Staatskunst des Fürsten Bismarck, welche sich sonst nach allen anderen Richtungen hin bewährt hat, ist dem Vaticau gegenüber weniger glücklich gewesen. Dort beharrt man auf dem Standpuncte starrer Ablehnung aller auch noch so annehmbaren Vorschläge, welche von deutscher Seite gemacht werden. Das liegt aber weniger an der Abneigung des Papstes, diesen Vorschlägen zu entsprechen, als an dem festen Willen seiner Umgebung, es nicht zum Ausgleich mit Deutschland kommen zu lassen. Leider übt diese Haltung des Vaticans auf die innere Entwickelung Deutschlands eine schädliche Rückwirkung, weil sie die Centrumspartei in ihrem Widerstande gegen die Regierung des Reiches und Preußens stützt und bestärkt. Hier kann nur die Hoffnung bessere Aussichten erwecken, daß die deutschfreisinnige Partei zum Bewußtsein über die Folgen ihrer feindseligen Haltung gegen die Regierung gelangt. Jede Unterstützung, welche diese Partei dem Centrum gewährt, kommt zugleich einer auswärtigen Macht zu Gute und giebt ihr einen Einfluß auf die innere Entwickung des deutschen Reiches, welcher höchst verderbliche Folgen haben kann. Glücklicherweise bietet sich gegenwärtig eine Bewegung im deutschen Reiche dar, welche zeigt, daß die Wähler der deutschfreisinnigen Abgeordneten sich mit ihnen nicht mehr in Uebereinstimmung befinde, und es erscheint deshalb die Erwartung gerechtfertigt, daß auch ein Theil der Centrumswähler endlich sich die Frage vorlegen wird, was denn aus dem deutschen Reiche werden soll, wenn der Abgeordnete Windthorst auf die Gestaltung seiner Geschicke auch in Zukunft Einfluß behält.

Leipzig, 30. December 1884.

* Die Nachricht, daß der königliche Gesandte in Stuttgart, Graf **Wedell**, für die vielbesprochene Stelle eines zweiten Directors im Auswärtigen Amte in Aussicht genommen sei, entbehrt jeder Begründung. Dagegen ist es sehr wahrscheinlich, daß der Unter-Staatssecretair Wirkliche Geh. Legationsrath Dr. **Busch** seinem Wunsche gemäß einen Gesandtschaftsposten erhalten wird, und zwar vermuthlich den in Athen oder Bukarest. In dieser Beziehung sind feste Bestimmungen noch nicht getroffen, nur ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Herr Busch nicht nach Kopenhagen gehen wird.

* **Auch von Deutschen in mehreren russischen Städten** sind dem Reichskanzler Adressen zugegangen über die Streichungen, welche der Reichstag auf den Antrag des freisinnigen Dr. v. Bunsen, Referenten der Budgetcommission und Ehrenmitgliedes des Cobdenclubs, in Betreff des Personals des Auswärtigen Amts und der consularischen Vertretungen in Afrika, in China und in der Südsee beschlossen hat. Daß in diesen Adressen nicht etwa nur das Urtheil einzelner localer Kreise seinen Ausdruck gefunden hat, beweist die Haltung der in Rußland erscheinenden deutschen Zeitungen. Die „Petersburger Zeitung", welche von jeher auch in schwierigen Zeiten für ein gutes Einvernehmen zwischen Rußland und Deutschland eingetreten ist und aus ihren Sympathien für Deutschland niemals ein Hehl machte, schrieb, sobald die erste Nachricht über die Ablehnung der Directorstelle eingetroffen war:

„Es ist schwer zu sagen, ob man sich über die Kleinlichkeit, die nörgelnde Schadenfreude dieser Majorität, die den Anlaß beim Schopfe ergreift, dem unerreichbar großen Meister der Politik einen Tort in seinem eigensten Beruf anzuthun, mehr wundern oder mehr ärgern soll. Fürst Bismarck weiß noch, daß er durch seine Führung der deutschen Politik Millionen erspart, die sonst auf Mobilmachungen aufgegangen wären — und die Verweigerung des deutschen Volkes verweigert ihm die wenigen Tausend Mark, deren er nothwendig bedarf. Wie werden alle Feinde des deutschen Reichs — und deren giebt es gar nicht so wenig — sich ins Fäustchen lachen, wenn sie diesen neuen Geniestreich der nationalen deutschen Volksvertretung lesen! — Der Opfermuth des Fürsten Bismarck, der gegenüber der Undankbarkeit und jämmerlichen Bosheit seiner Gegner nicht müde wird, aus Liebe und Verehrung für seinen Monarchen sich von den sogenannten Vertretern des durch sein Genie, seine Energie und Thatkraft groß und mächtig dastehenden deutschen Volkes mit vergifteten Nadelstichen das Leben verderben zu lassen, ist wahrhaft bewunderungswerth."

Einen späteren Artikel schließt das genannte Blatt mit den Worten:

„Die Herren werden wohl einsehen, daß sie sich selbst mit ihrem Beschluß unsäglich viel mehr geschadet haben als den Reichskanzler. Sie werden sich vor späteren Rücksichtigungen zu sichern suchen, indem sie zurückzappen, daran zweifeln wir nicht. Aber wir hoffen, daß das deutsche Volk sich fein Exempel wird machen lassen, und daß der Eindruck des 15. December durch keinerlei spätere Retirade und Seitensprünge verwischt werden wird."

Der „Herold", der bei seiner demokratischen Nähe den sogenannten „Deutschfreisinnigen" näher steht — an der Spitze seiner politischen Tagesschau mit — blamirt sich Schrift:

„Die Ablehnung der 20,000 ℳ für die Directorstelle im deutschen auswärtigen Amt durch den Reichstag hat in allen deutschen Gauen die Entrüstung hervorgerufen, die wir gleich bei der telegraphischen Uebermittelung der Nachricht prognostizirten. Wir können constatiren, daß auch in hiesigen Kreisen deutscher Reichsangehöriger ohne Unterschied der politischen Richtung ein allgemeiner und ausgeprägter Unwille über diese Bismarckpolitik der Opposition im deutschen Reichstage herrscht, die das Ansehen der Deutschen im Auslande lediglich herabsetzen muß. Es sind uns zahlreiche Urtheile auch von sonstigen Gegnern der inneren Politik des Fürsten Bismarck bekannt geworden, in denen sich die äußerste Erregung über das blamable Verhalten der Opposition ausspricht."

Kaiserl, der die Vorgänge in den Nachbarländern als guter russischer Patriot, aber doch auch mit historischem Sinne zu beurtheilen pflegt, drückt sich in der „Moskauer Zeitung" recht bündig aus:

„Wenn die schwarze Internationale nicht den geringsten Widerwillen dagegen empfindet, offen, am hellen Tage, im Parlamente, wie bei den Wahlen mit der verderblichen Partei der rothen Internationalen zu fraternisiren, was muß denn nicht hinter den parlamentarischen Coulissen dahinter verhandelt werden? Verführt diese schwarze Internationale nicht überall in derselben Weise? In Polen, in Deutschland, in Irland geht sie eine rothe Farbe unter sich her. Sie ist Stütz- und Sammelpunct aller regierungsfeindlichen Elemente. Die deutschen Klerikalen wissen wohl, welche sie behandeln, daß, um mit den Socialdemokraten, den Anarchisten, der rothen Internationalen fertig zu werden, die Regierung die schwarze Internationale gewinnen d. h. sich ihr unterwerfen solle."

* Zu der neuen Schießinstruction vom 11. September c., welche seit einigen Wochen bei der preußischen Infanterie eingeführt ist, äußern sich die militairischen Blätter sehr anerkennend. Die Instruction kehrt in sofern wieder zu dem Alten zurück, als sie die Ringscheibe, welche durch die Instruction von 1877 abgeschafft war, als Schußscheibe wieder einführt, nur mit 10 statt, wie früher, mit 12 Ringen. Im Allgemeinen erstrebt die neue Instruction im Schulschießen eine raschere und präcisere Vorbereitung zum gefechtsmäßigen Schießen. Der Schütze wird zum Denken beim Gebrauch seiner Waffe von Anfang an mehr als bisher gezwungen; er wird dadurch zu einer größeren Selbstthätigkeit und zur rationellen Handhabung seiner Feuerwaffe erzogen, so daß er im Gefecht nicht nur passiv den Anordnungen seiner Führer folgt, sondern auch im Stande ist, sobald diese aus irgend einem Grunde ihre Einwirkung auf ihn verlieren, sich selbst zu helfen. Allerdings werden bereits Zweifel laut (z. B. in Nr. 102 des „Militair-Wochenblatts"), ob die Instruction nicht Anforderungen an den Einzelnen stellt, welche bisweilen das Maß dessen überschreiten, was man von unseren Durchschnitts-Infanteristen verlangen darf. Wir enthalten uns vorläufig des Urtheils hierüber, indem wir die Erfolge abwarten wollen, die man mit der neuen Instruction erreicht. Auf einzelne Abweichungen der letzteren von den bisherigen Vorschriften sei noch in Anlehnung an einen Artikel im letzten „Militair-Wochenblatt" kurz hingewiesen. Schießprämien in Geld werden nicht mehr ausgezahlt; es werden dafür silberne Medaillen ausgegeben, worüber die Prämiirten ein vom Regimentscommandeur ausgegebenes Besitzzeugniß erhalten. Das Schußloch wird beim Schulschießen der Controle wegen erst nach dem später folgenden Schuß verklebt. Bei jedem Schießen muß, um Unglücksfälle beim Anzeigen zu verhüten, in der Anzeigerdeckung ein Spiegelapparat angebracht sein, und die Deckung darf erst dann verlassen werden, wenn durch den Spiegel wahrgenommen worden, daß ein Schuß gefallen ist. Das Schießen kurzsichtiger Schützen ist strenger geregelt und Ausschießungen u[illegible]thiger ꝛc. Schützen vom Weiterschießen findet nicht mehr statt. Auch die Wahl der Visire ist wesentlich vereinfacht, indem beim Schulschießen dem Standvisir eine hervorragende Rolle eingeräumt und die Anwendung der kleinen Klappe wesentlich beschränkt ist. Die Gefechts(Figuren)scheiben sind in dem Bestreben, die Friedensziele den sich im Gefecht bietenden Zielen so ähnlich wie möglich zu machen, an Höhe um 10 bis 5 Centimeter verringert, während die Breite (40 Centim.) die bisherige geblieben ist.

* Nach dem kürzlich erschienenen statistischen Mittheilungen über das höhere Unterrichtswesen im Königreich Preußen bestanden im Winterhalbjahre 1883/84 in der preußischen Monarchie 253 Gymnasien, 36 Progymnasien, 90 Realgymnasien, 88 Realprogymnasien, 12 Ober-Realschulen, 17 Realschulen, 18 höhere Bürgerschulen. An diesen 514 höheren Lehranstalten wirkten 5142 ordentliche Lehrer und Directoren, 782 wissenschaftliche Hülfslehrer, 866 technische Lehrer, 357 Ortsgeistliche, 491 Probecandidaten. Der Confession nach waren von den 128,667 Schülern 92,305 protestantisch, 23,451 katholisch, 12,287 Juden, 44 Dissidenten. Das Abiturienten-Examen bestanden Ostern 1884 an Gymnasien 3420, an Realgymnasien 638 und an Ober-Realschulen 46.

* Die Statistik der Zwangsveräußerungen landwirthschaftlicher Anwesen in Bayern, welche ihrer Genauigkeit wegen mit besonderem Interesse verfolgt wird, ist in der kürzlich erschienenen Zeitschrift des königl. bayerischen statistischen Bureaus bis auf 1883 fortgeführt. Sie ergiebt das erfreuliche Factum, daß die Zahl der zur Zwangsveräußerung gelangenden ländlichen Grundstücke von Jahr zu Jahr abnimmt. 1880 waren dies 3729, 1881 2739, 1882 2071 und 1883 1803. Die Zahl ist also in 3 Jahren um